Miteinander in Vielfalt!
Brauchen wir in Deutschland ein modernes Einwanderungsgesetz?

22. November 2018, Wolfsburg

In einer zunehmend globalisierten Welt wird es immer Ein- und Auswanderung geben. Auch die Zusammensetzung der Bevölkerung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durch Einwanderung, Flucht und Arbeitsmigration stark verändert. Die deutsche Gesellschaft ist dadurch heute so vielfältig wie niemals zuvor. Trotzdem gibt es einen sehr hohen Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft. Hier soll in Zukunft ein „Fachkräftezuwanderungsgesetz" Abhilfe schaffen. Dazu benötigt es klare Regeln. Wie kann so ein Fachkräftezuwanderungsgesetz aussehen bzw. was muss noch verbessert werden? Welche Erfahrungen gibt es in anderen Ländern? Über diese und andere Fragen haben wir im Rahmen der Veranstaltung „Miteinander in Vielfalt! Brauchen wir in Deutschland ein modernes Einwanderungsgesetz?" am 22. November in Wolfsburg mit unseren Gästen diskutiert.

Nach einer Begrüßung durch **Linda Matzke**, Referentin im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung, folgte eine Einführung in das Thema durch **Immacolata Glosemeyer MdL**, Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration. Glosemeyer betonte dabei, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. In Wolfsburg könne man sehen, dass gutes Zusammenleben durch Integration gelingen kann. Allerdings müsse Deutschland sich mehr mit dem Thema beschäftigen, so Glosemeyer weiter. Damit das funktionieren könne, müssten auch Arbeitgeber_innen Eigeninitiative zeigen und sich mit den Zuwanderer_innen beschäftigen. Sie sagte weiter, dass es auch sehr wichtig sei, dass sich die Zuwanderer_innen wohl fühlen, damit sie dann auch bleiben. Zusätzlich müsse geklärt werden, warum gut integrierte Migrant_innen abgeschoben werden, obwohl sie einen Job haben und

Immacolata GlosemeyerMdL

etwas für die Gesellschaft tun. Auch Auszubildende dürften während der Ausbildung nicht mehr abgeschoben werden, forderte Glosemeyer. Man dürfe bei einem modernen Einwanderungsgesetz nicht die Menschlichkeit aus dem Auge verlieren und sich nur auf die Wirtschaft beziehen.

Dr. Sascha Krannich

Auf die Einleitung folgte **Dr. Sascha Krannich**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungskollegs der Universität Siegen, mit einem Impulsvortag. Darin beschrieb er die verschiedenen Regelungen, die es momentan in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf Einwanderung gibt. Man dürfe bei dem Thema auch nicht vergessen, dass es sich nicht nur um Geflüchtete handele, sondern auch um Bildungsmigranten, betonte er weiter. Diese verschiedenen Gruppen müssen mit einem modernen Einwanderungsgesetz auch bedient werden. Weiter betonte er, dass es etwa 50 verschiedene Einwanderungsgruppen gäbe und der neue Gesetzesentwurf zur Fachkräftezuwanderung die Probleme nicht lösen würde. Dr. Krannich würde daher den Vorschlag machen, ein transparentes Punktesystem zur Einwanderung zu schaffen, da dieses schon in Ländern wie Kanada und Australien gut funktioniert habe. Zusätzlich müsse Deutschland dann auch für die Einwanderung werben. Viele Menschen auf der Erde würden nicht wissen, dass Deutschland ein liberales Einwanderungsland sei und ohne dieses Wissen würden die angestrebten qualifizierten Arbeiter_innen nicht einwandern. Daran müsse Deutschland arbeiten, so Krannich.

Michael Wilkens

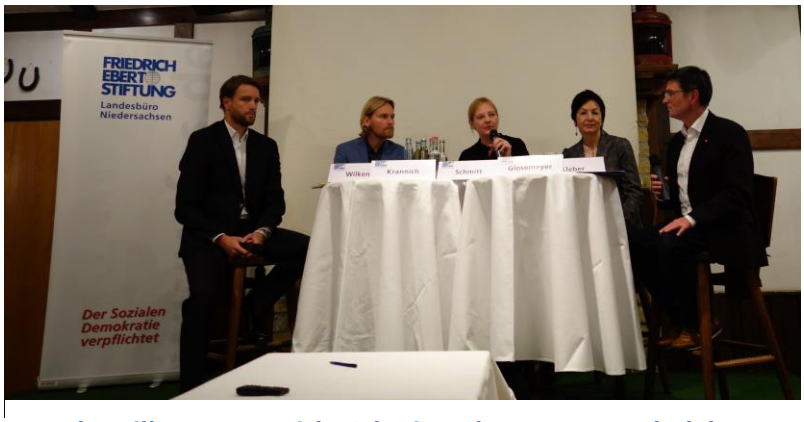
Nach dem Impulsvortrag von Krannich begann die Diskussion mit den Podiumsteilnehmer_innen, die von **Cosima Schmitt**, Journalistin und ZEIT-Autorin, moderiert wurde. Neben Glosemeyer und Krannich nahmen daran auch **Michael Kleber**, Geschäftsführer der DGB-Region SüdOstNiedersachen, und **Michael Wilkens**, Leiter der Geschäftsstelle Wolfsburg der IHK Lüneburg – Wolfsburg, teil. Sie wurden um eine Einschätzung gebeten. Wilkens thematisierte dabei die erfolgreiche wirtschaftliche Region Wolfsburgs, sprach aber auch Probleme an. Zum Beispiel gäbe es in kleineren Unternehmen durch größere Konzerne

Fachkräftemangel. Arbeiter_innen wechseln oft zu größeren Konzernen, da dort zumeist die Arbeitsbedingungen etwas besser seien und die Löhne höher ausfielen. Diese kleinen Unternehmen könnten durch ein solches Fachkräfteeinwanderungsgesetz profitieren. Kleber betonte, dass der aktuelle Gesetzesentwurf in die richtige Richtung gehe, allerdings noch nicht wirklich befriedigend wäre. In Deutschland gäbe es einen hausgemachten Fachkräftemangel, der schlechten Arbeitsverhältnissen geschuldet sei. Hier müsse sich etwas ändern, sonst könne der Fachkräftemangel auch durch so ein Fachkräftezuwanderungsgesetz nicht behoben werden, so Kleber weiter. Auf die von Schmitt gestellte Frage, ob das Fachkräftezuwanderungsgesetz auch eine realistische Option für Geflüchtete wäre, antwortete Krannich, dass das möglich sei, aber viele nichts davon wüssten, dass die Option bestünde.

Michael Kleber

Cosima Schmitt

Schmitt stellte dann fest, dass das Gesetz hauptsächlich gut qualifizierte Fachkräfte ansprechen würde und das Deutschland sich bemühen müsse, diese auch positiv anzusprechen. Darauf erwiderte Glosemeyer, dass Deutschland sich nicht nur um neue Fachkräfte aus dem Ausland bemühen müsse, sondern auch um diejenigen, die schon vor Jahren gekommen sind und hier geblieben seien. Zum Schluss waren sich die Podiumsteilnehmer_innen darüber einig, dass Deutschland ein positiveres Image nach außen tragen müsse und Werbung für das Fachkräftezuwanderungsgesetz machen müsse, damit auch qualifizierte Arbeiter_innen kommen. Zusätzlich dürfe man aber nicht den humanen Aspekt vergessen, da dieser Gesetzesentwurf momentan hauptsächlich auf wirtschaftliche Aspekte ausgerichtet sei. Auf die Frage, warum das Gesetz gerade jetzt komme, antwortete Kleber, dass Deutschland unter Zugzwang stehe und so etwas längst überfällig gewesen sei. Glosemeyer betonte dazu, dass es eine Veränderung in der politischen Landschaft gab. Zusätzlich müsse sich die Situation für die Geflüchtete vor Ort ändern.



v.l.: Wilkens, Krannich, Schmitt, Glosemeyer und Kleber

Im Anschluss wurde die Diskussion für das Publikum geöffnet. Dabei wurden zum einen die Verhältnisse angesprochen, in denen Geflüchtete leben und auch arbeiten müssten. Zum anderen wurde auch vom Publikum angemerkt, dass es in dem Gesetz viel zu sehr um die Wirtschaft und den Fachkräftemangel gehen würde und weniger um die humanitären Probleme der Geflüchteten. Da müsse sich unbedingt etwas ändern, so das Publikum.